20. Wahlperiode

Drucksache **20/2302**

HESSISCHER LANDTAG

06.02.2020

HHA

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/2090 zu Drucksache 20/1407

Inhalt des Antrags: **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Einzelplan **17** **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 Allgemeine Finanzierungsvorgänge
Buchungskreis: 2550

Kameraler Haushalt: **Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
916 02	Zuweisungen an den Sonderausgleichsfonds Straßenausbaubeiträge	0	+60.000.000	60.000.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:
Das Land Hessen erstattet den Kommunen deren Ausfälle aus dem Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen in vollem Umfang. Dabei wird nach einem vereinfachten Verfahren grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Bürger 50% der umrechnungsfähigen Beiträge zu zahlen hätten.
Vielerorts sind derzeit rund 70 Bürgerinitiativen aktiv, die sich gegen die in ihren Kommunen bestehenden Straßenbeitragssatzungen zur Wehr setzen. Nachdem Anwohnerinnen und Anwohner über Erschließungsbeiträge zum Bau von innerörtlichen Straßen beigetragen haben, sollen sie nicht erneut für die Mitfinanzierung von Grundsanierungen

Eingegangen am 6. Februar 2020 · Ausgegeben am 6. Februar 2020
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de

herangezogen werden. Der Glaube, durch geringere wiederkehrende Beiträge eine größere Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung zu erhalten, erwies sich auch als Trugschluss.

Wiesbaden, 6.2.2020

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler